

Resolution:

Bildungszugang für geflüchtete Kinder und Jugendliche

Die **Verbandskonferenz Bildung Erziehung Wissenschaft** solidarisiert sich mit den Geflüchteten aus der Ukraine und unterstützt den Entscheid des Bundesrats, ukrainische Geflüchtete unbürokratisch aufzunehmen und ihnen umfassenden Schutz zu gewähren. Der VPOD steht seit jeher für eine solidarische Aufnahmepolitik für alle Menschen auf der Flucht – unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion und Status.

Im Rahmen der Kampagne «Bildung für alle – jetzt!» engagiert sich der VPOD seit 2019 gemeinsam mit dem Verband der Schweizer Studierendenschaften VSS und Solidarité sans frontières Sosf für einen besseren Bildungszugang von allen Geflüchteten in der Schweiz. Anlässlich des Ukraine-Kriegs haben wir Anfang März einen offenen Brief an den Bundesrat, SEM, SBFI, EDK und kantonale Erziehungsdepartemente verfasst, in dem wir fordern, dass geflüchteten Kindern und Jugendlichen sofort Zugang zu Schule und Bildung gewährt wird.

Die **Verbandskonferenz Bildung Erziehung Wissenschaft** unterstreicht die Notwendigkeit, einen guten Bildungszugang für alle geflüchteten Kinder und Jugendlichen zu schaffen. Hinsichtlich der Geflüchteten aus der Ukraine schliesst sie sich den Forderungen des Offenen Briefs nach Konzepten, geeigneten Massnahmen und ausreichenden Ressourcen an:

- Geflüchtete Kinder sollen möglichst rasch in die Regelschule vor Ort eingeschult werden und die dafür nötige Unterstützung erhalten. Für das Erlernen der Unterrichtssprache und die Vorbereitung auf einen möglichst schnellen Übertritt in die Regeklassen sollten je nach Bedarf auch Aufnahmeklassen (Integrationsklassen) geführt werden.
- Geflüchteten im nachobligatorischen Alter ist der Zugang zu bestehenden Sprachkursen und Bildungsangeboten der «Integrationsagenda Schweiz» sowie zu Brückenangeboten und Berufsvorbereitungsjahren zu ermöglichen.
- Mittelschulen und Hochschulen sollen lernstarke und entsprechend vorgebildete Geflüchtete unbürokratisch zulassen. Sie sollen im Lernen der Landessprache und in einer Übergangsphase mit einem Coaching unterstützt werden.
- Kantone und Pädagogische Hochschulen müssen auch für eine fachliche Unterstützung sorgen. Schulbehörden, Schulleitungen und Lehrpersonen brauchen Beratung, Weiterbildung und Fachaustausch zu Fragen wie Einschulung, Lernen der Landessprache, Umgang mit Kriegsbelastungen und Traumata, Thematisierung des Krieges in den Schulen etc. Kantonale Fachstellen und die Pädagogischen Hochschulen müssen diese Unterstützung rasch aufbauen.
- Die für all diese Massnahmen nötigen finanziellen Mittel und Ressourcen müssen von Kantonen und Bund bereitgestellt werden. Die Lehrpersonen brauchen Unterstützung in den Schulklassen.